

Zusammenstellung



Foto: Viola Tölke

<u>Manuskript: Einführung in die Konferenz von Thomas Gebauer</u>	2
<u>Tagungsbericht von Ute Finckh</u>	8
<u>Pressespiegel</u>	11
(ND) <u>Zartes Pflänzchen Vertrauen von Ires Wallrodt</u>	11
(JW) <u>Vernetzt für Frieden und Zivilgesellschaft von Reiner Braun</u>	12
(FR) <u>Das Verschwinden des Krieges von Stephan Hebel</u>	13
(ND) <u>Zivile Pläne für Afghanistan von Marek Voigt</u>	15
<u>Fotos</u>	17

Online Dokumentation auf

http://www.koop-frieden.de/konferenzen/2011/fb-venro/fb_venro.html

mit (u.a) Tagungsmappe und 3 Audiomitschnitten (1. Einführung in die Konferenz, Th. Gebauer; 2. Diskussionsrunde mit Stephan Hebel, Citha Maaß und Andrea Böhm; 3. Schlusswort, Bodo v. Borries)

Zusammenstellung: Philipp Ingenleuf

Stand: 02.03.11



**Stoppt den Krieg in Afghanistan -
Perspektiven für Frieden & Entwicklung
19.-20. Februar 2011, Hannover**

Manuskript: Einführung in die Konferenz

Von Thomas Gebauer (medico international)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

Veranstaltungen zu Afghanistan sind in diesen Tagen nicht eigentlich etwas Besonderes. Unsere heutige Konferenz ist dennoch ungewöhnlich. Es ist die erste Afghanistan-Konferenz, die gemeinsam von Organisationen der Friedensbewegung und der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit getragen wird: von Gruppen und Personen mithin, die in den zurückliegenden Jahren nicht immer mit einer Sprache gesprochen haben.

Diejenigen, die an der Vorbereitung beteiligt waren, werden mir zustimmen: es waren durchaus muntere Debatten, die wir da im kleineren Kreise über das letzte Jahr hinweg geführt haben. Dabei ist die Verständigung untereinander so weit vorangekommen, dass wir uns nun wagen, in größerer Runde zu tagen. Angesichts des eskalierenden Krieges in Afghanistan wäre eine große, eine öffentlichkeitswirksame und mobilisierende Konferenz gewiss dringend geboten. Wir haben uns dennoch für eine kleinere Arbeitskonferenz entschieden, um dem noch immer bestehenden Diskussionsbedarf Raum zu geben. Wir würden uns freuen, wenn am Ende der Tagung die Erkenntnis stünde, dass wir uns mehr gemeinsam zutrauen können.

Denn gemeinsames Handeln scheint mir allerdings notwendig und überfällig: angesichts der prekären Entwicklung in Afghanistan liegt für eine kritische Öffentlichkeit nichts näher, als sich mit ganzer Kraft vernehmbar in die Debatte einzumischen. Warum wir das in den zurückliegenden Jahren nicht in dem Maße geschafft haben, wie wir uns das gewünscht haben, hat Gründe: und eben die wollen wir heute untersuchen.

Wenn ich von Unterschieden spreche, dann nicht, weil Friedensbewegung, VENRO oder die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung gänzlich unterschiedliche politische Projekte verfolgen würden. Das ist nicht der Fall. Uns eint die Ablehnung von Krieg, und wir sind auch gemeinsam davon überzeugt, dass eine andere, eine solidarische und gerechte Welt notwendig und möglich ist. Aber es sind unterschiedliche Praxiszusammenhänge, in denen wir tätig sind und die uns mitunter zu divergierenden Einschätzungen führen.

So haben beispielsweise entwicklungspolitisch tätige Hilfsorganisationen die Präsenz von ausländischen Truppen in Afghanistan nicht – wie große Teile der Friedensbewegung – per se in Frage gestellt. Der Forderung der Friedensbewegung: Soldaten raus aus Afghanistan, die aus friedenspolitischer Sicht völlig verständlich ist, wollte die entwicklungspolitische Öffentlichkeit aus Solidarität mit ihren afghanischen Kooperationspartnern, die sich für Demokratie und Menschenrechte engagieren, dennoch nicht unmittelbar folgen.

Ich will der Debatte des nachfolgenden Panels, in dem die unterschiedlichen Perspektiven zur Sprache kommen werden, nicht vorgreifen, aber ihr doch einige Überlegungen mit auf den Weg geben.

Selbstverständlich spricht vieles dafür, dass es der NATO in Afghanistan gar nicht um Menschenrechte geht - dass der Menschenrechtsdiskurs gewissermaßen nur ein Alibi darstellt: vorgeschoben, um ganz andere, nicht zuletzt geostrategische Interessen zu kaschieren. Aber, und das trifft eben auch zu: es gibt in Afghanistan Initiativen und Menschen, die mit Nachdruck für ihre Rechte streiten und denen wir uns in ihrem Kampf solidarisch verbunden fühlen. Dass sich die

hiesige Öffentlichkeit, und ich spreche jetzt nicht von den wenigen Spezialisten, die das schon immer getan haben, heute überhaupt mit den Rechten von Afghaninnen und Afghanen beschäftigt, ist nicht zuletzt die Folge von der Intervention. Mit ihrer menschenrechtlichen Begründung des Einmarsches haben sich die Interventionsmächte sozusagen selbst unter Druck gesetzt. Wer permanent behauptet, im Interesse von Frauen und Mädchen zu intervenieren, kann nicht glaubhaft eine Kriegspolitik betreiben, die nur den eigenen Interessen dient. In eben diese Wunde haben entwicklungspolitische NGOs den Finger gelegt und immer wieder verlangt, dass das, was in erster Linie zur Rechtfertigung des Militäreinsatzes vorgebracht wurde, endlich zum Hauptanliegen des Engagements in Afghanistan werden sollte. Wir wissen, dass wir davon meilenweit entfernt sind. In Dutzenden von Vorträgen und Beiträgen habe ich – und viele andere – den Missbrauch des Menschenrechtsdiskurses gegeißelt: aber nicht, um die Menschenrechte als solche in Frage zu stellen, sondern um sie gegen eine Politik zu verteidigen, die sich nur deshalb mit Moral auflädt, um sie am Ende besser hintertreiben zu können und dabei auch noch den kritischen Einspruch aus der Öffentlichkeit mundtot zu machen.

Und damit sind wir schon bei einem der Knackpunkte für unsere Überlegungen: Das, was uns von der Berliner Politik und großen Teilen der Medien in den letzten Jahren zugemutet wurde, ist auch der perfide Versuch gewesen, zentrale Begriffe unseres Denkens und Handels: Begriffe, wie Solidarität, Menschenrechte, Demokratie, aber auch Entwicklung umzudeuten bzw. zu entwerten. Wie weit dieser Prozess bereits vorangekommen ist und welche Konsequenzen daraus für eine unabhängige Menschenrechts- und Entwicklungspolitik resultieren, das ist im letzten Jahr im Zusammenhang mit der Debatte über die “vernetzte Sicherheit“ und dem flagranten Versuch, entwicklungspolitische NGOs für sicherheitspolitische Zwecke zu instrumentalisieren, deutlich geworden.

Der Missbrauch des Menschenrechtsdiskurses, ich habe es gesagt, spricht nicht gegen die Menschenrechte als solche. Er spricht nur gegen diejenigen, die den Missbrauch betreiben. Damit ist aber nicht irgendein Problem angesprochen, mit dem wir uns als kritische Öffentlichkeit rumzuschlagen haben, sondern ein ganz zentrales. Wir alle wissen, wie sehr die Politik der sog. westlichen Wertegemeinschaft von Doppelstandards und Heuchelei durchdrungen ist. Für mich ist die Heuchelei so etwas wie die Pest der Gegenwart. Natürlich ist es gut, dass sie gerade so eindrucksvoll aufgefliegen ist: durch die Protestbewegungen in Tunesien und Ägypten, die all jene Politiker, die zum Wohle von Stabilität und Geschäft über Jahre hinweg Unrechtsregime hofiert haben, mit einem Mal sehr alt aussehen ließen.

Die Frage lautet: wie weit Realpolitik gehen darf? Und ist es die Aufgabe von Öffentlichkeit, am Ende selbst noch realpolitischer als die Realpolitiker zu sein? Die Aufgabe von Öffentlichkeit, und da halte ich es ganz mit Immanuel Kant, ist ihre Funktion als Korrektiv zur Politik. Sie darf deshalb unter keinen Umständen weder auf Kritik, noch auf die Formulierung von Alternativen und auch nicht auf jenen utopischen Überschwung verzichten, ohne den die Geschichte tatsächlich zu Ende käme. Kritischer Einspruch und das Bestehen auf Idealen hat nichts mit praxisferner Theorie zu tun, wie es hin und wieder von denen diffamierend behauptet wird, die wollen, dass alles so bleibt, wie es ist.

Dieser Tage ist die Streitschrift: Empört Euch! von Stephane Hessel erschienen. Stephane Hessel, 93-jährig, Resistance-Kämpfer und Buchenwald-Überlebender, war 1948 einer derjenigen, der an der Formulierung der „Allgemeinen Menschenrechtserklärung“ mitgewirkt hat. In seiner Schrift macht er deutlich, wie bedeutsam die universellen Menschenrechte sind, auch und gerade als Rahmen für Eingriffe, um verbrecherischen Regime das Handwerk legen zu können. Staatliche Souveränität: die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten, ist einer der beiden Säulen, auf der sich das heutige Völkerrecht gründet; die universellen Menschenrechte, aus denen sich die unter Umständen auch die Verpflichtung zur Einmischung ableitet, die andere. Beide Prinzipien

stehen erkennbar miteinander im Konflikt. Aber handelt es sich wirklich um ein unüberbrückbares Dilemma? Oder ist die Sache nur deshalb so unbefriedigend, weil es auf internationaler Ebene bislang keine Instanz gibt, die zu Entscheidungen, wann und wer im Interesse der Menschenrechte in die inneren Angelegenheiten eines Landes intervenieren darf, demokratisch legitimiert wäre? So notwendig es ist, solche Fragen prinzipiell, also weit über Afghanistan hinausgehend zu diskutieren, werden wir auch immer wieder konkret auf Afghanistan Bezug nehmen müssen. Denn allerdings hegen viele von uns erhebliche Zweifel, ob damals, 2001, der Einsatz militärischer Mittel die einzig verbliebene Option war? Die Kritik, dass es bei der Beschlussfassung im Bundestag nicht um Menschenrechte ging, trifft ja zu. Die Bundeswehr wurde aus Bündnissolidarität nach Afghanistan entsandt: um den USA im Krieg gegen der Terror und der NATO in ihrem ersten Weltordnungskrieg beizustehen.

Ich will jetzt nicht auf all die geostrategischen Interessen zu sprechen kommen, die im Spiele sind und Afghanistan schon immer zu einem Pufferstaat gemacht haben, auf dessen Territorium sich mächtige Einflussphären reiben, aber dennoch ein Wort über die deutschen Interessen verlieren. Inzwischen hat sich ja der Rechtfertigungsnebel gelegt, und wir sehen klarer. Erst hat Ex-Bundespräsident Köhler sich geäußert, dann im letzten November der Verteidigungsminister: man müsse „offen und ohne Verklemmung“, so Guttenberg, darüber reden, dass für die Sicherung deutscher Wirtschaftsinteressen auch der Einsatz militärischer Mittel notwendig sei. Auch das ist nicht originell; er hat damit das wiederholt, was bereits mit den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 verabschiedet worden war. „Out of area“-Einsätze der BW aber waren damals öffentlich noch nicht durchsetzbar gewesen. Vieles spricht dafür, dass sozusagen der Umweg übers Humanitäre erforderlich war, um die Öffentlichkeit mit der Präsenz deutscher Soldaten im Ausland, die eigentlich nie mehr sein sollte, wieder vertraut zu machen. Die Phase der „humanitären Intervention“ aber geht nun erkennbar zu Ende. Das macht es einerseits leichter, weil es den kritischen Blick schärft. Zugleich aber auch bedrohlicher.

Denn dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen den Afghanistan-Einsatz ist, bedeutet noch nicht, dass die Deutschen heute prinzipiell gegen eine sich auf militärische Mittel stützende Außen- und Wirtschaftspolitik sind. Wir alle wissen, dass viele nur deshalb die Entsendung der BW nach Afghanistan ablehnen, weil sie die Afghanen für rückständige Barbaren halten, für die es sich nicht lohnt, das Leben unserer Soldaten zu riskieren. Wenn nun Guttenberg die Katze aus dem Sack lässt, dann auch deshalb, um den öffentlichen Rückhalt für den Einsatz zu erhöhen. Ich bin gespannt, wie künftige Umfragen ausfallen werden, wenn in der veröffentlichten Meinung nicht mehr die MR im Vordergrund stehen, sondern ganz offen die Verteidigung eigener wirtschaftlicher Privilegien.

Aber nun zu Afghanistan, wo bekanntlich auch immer wieder Umfragen durchgeführt werden. Bei aller Vorsicht, die gegenüber solchen Umfragen geboten ist, ist doch interessant, dass die Zustimmung zur Präsenz der NATO-Streitkräfte unterdessen keine Mehrheit mehr findet. In dem Maße, wie der Krieg eskalierte, schwand die Hoffnung, die ISAF-Soldaten würden tatsächlich Schutz und damit die Voraussetzungen für soziale Entwicklung bringen, wie es Afghanistan in Aussicht gestellt wurde. Dass viele Afghaninnen und Afghanen den militärischen Beistand gut heißen haben, sollte nicht verwundern. Nach Jahrzehnten Krieg und Zerstörung ist das durchaus nachvollziehbar. Nicht zuletzt große Teile der afghanischen Zivilgesellschaft haben mit der Präsenz ausländischer Truppen die Hoffnung verbunden, in ihrem Kampf für Demokratie und soziale Entwicklung Unterstützung zu finden. Sie sind über die Jahre, und das muss man mit aller Deutlichkeit sagen, hinters Licht geführt worden: - von einem internationalen Engagement, das von sicherheitspolitischen Erwägungen dominiert wird und deshalb zwangsläufig das Militärische in den Vordergrund stellt und sich eben nur „unter ferner liefen“ um die Interessen der afghanischen Bevölkerung kümmert. Die Konsequenzen dieser Politik sind fatal: die NATO führt heute in Afghanistan Krieg, weil die Chancen auf den Frieden verpasst wurden.

Die Missachtung der Interessen der afghanischen Bevölkerung spiegelt sich übrigens auch in den Antworten auf eine Umfrage, die Oxfam 2009 durchgeführt hat: Oxfam wollte wissen, welche Gründe die Afghaninnen und Afghanen selbst für die anhaltende Gewalt verantwortlich machen. Das Ergebnis ist allerdings höchst aufschlussreich: an erster Stelle wurde die grassierende Armut und Arbeitslosigkeit genannt; an zweiter Stelle, das es keine funktionierende Staatlichkeit gibt, die den Interessen und Bedürfnissen der Menschen entsprechen würde, und erst an dritter Stelle die Präsenz von Taliban und die Einmischungen von Anrainerstaaten.

Wenn wir morgen über Perspektiven für den Frieden reden, dann sollten wir unsere Überlegungen unbedingt an eben den von Afghanen selbst ausgemachten Gründen ausrichten. Es wird solange kein Ende der Gewalt geben, wie sich nichts an den Ursachen ändert.

Ich will die drei Ansätze: Friedensbemühungen, Aufbau einer funktionierenden Staatlichkeit und Schaffung einer eigenständigen wirtschaftlichen Perspektive kurz ansprechen; wir werden sie morgen in den AGs im Detail diskutieren können.

Stichwort: Verhandlungen - Dass zur Beendigung des Krieges Verhandlungen notwendig werden, das scheint inzwischen Konsens zu sein. Unklar aber ist, wer mit wem verhandeln soll? Karzai mit Mullah Omar? Das afghanische Parlament mit den sog. gemäßigten Taliban? Nur die afghanischen Kriegsparteien untereinander oder unter Beteiligung der Anrainerstaaten und der Großmächte? Soll es Verhandlungen auf zentraler Ebene, am Ende gar in einem Drittland wie Deutschland geben? Oder in Afghanistan selbst, und zwar von unten her kommend, auf lokaler bzw. regionaler Ebene, wie sich das Hilfsorganisationen mit ihren Partnern vorstellen? – Zurecht verweisen die Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft auf rote Linien. Sie fürchten einen neuerlichen Deal, der gegen ihre Interessen geht. Und diese Sorge ist allerdings mehr als begründet: ausgerechnet die Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft waren bislang von allen internationalen Konferenzen, auf denen über die Zukunft ihres Landes verhandelt wurde, ausgeschlossen. Wenn die westliche Politik von Zivilgesellschaft gesprochen hat, dann in einem eher technischen Verständnis, sozusagen als ein am Reißbrett entworfenes Projekt, das wie ein Trinkwasserbrunnen geplant werden kann. Da aber, wo authentische Zivilgesellschaft der Förderung bedurft hätte, hat man sie alleine gelassen. Wo blieb der Einspruch der Interventionsmächte, als Karzai kurzerhand ihm unliebsame Medien schließen ließ und kritische Journalisten verfolgt wurden?

Verhandlungen, so viel steht fest, werden eine Herkulesaufgabe sein. Aufgrund der Intervention ist die Sache nicht einfacher, sondern komplizierter geworden. Nicht zuletzt das sensible ethnische Gefüge der afghanischen Gesellschaft ist in den letzten Kriegsjahren durcheinander geraten. Eines steht fest: Der Afghanistan-Konflikt ist keiner, der von den Afghanen alleine gelöst werden kann. Zu groß ist der Einfluss, der von Pakistan, Indien, dem Iran, den zentralasiatischen Staaten, den USA u.a. auf Afghanistan ausgeübt wird. Ahmed Rashid hat kürzlich unter dem Titel „The way out of Afghanistan“ einen 10-Punkte Plan vorgelegt, der mit vertrauensbildenden Maßnahmen beginnt: die Freilassung von politischen Gefangenen in Afghanistan und Pakistan, die Garantie eines sicheren Geleits für etwaige Verhandlungsführer, Verhandlungen zwischen der UN und dem Iran, Waffenstillstandsvereinbarungen, einer neuen UN-Resolution, die Verhandlungen fordert, vertraulichen Gesprächen zwischen Indien und Pakistan, etc.

Ich will den Vorschlag hier nicht im Einzelnen kommentieren, da gebe es durchaus einiges kritisch anzumerken, aber ihn doch als Hinweis darauf nehmen, wie komplex Verhandlungen gedacht werden müssen, wenn sie wirklich auf eine Lösung aus sind.

Die Vorstellung jedenfalls, nach einem schnellen Abzug der NATO-Truppen seien die Afghanen aus sich heraus imstande, für eine Lösung zu sorgen, entpuppt sich mit Blick auf die Verhältnisse in der Region als frommer Wunsch. Sie trifft genauso wenig die Wirklichkeit wie die Vorstellung der

Bundesregierung, schon bald die Verantwortung an afghanische Autoritäten übergeben zu können. Denn, und damit sind wir schon beim zweiten von der afghanischen Bevölkerung genannten Grund für die anhaltende Gewalt: in Afghanistan ist in zurückliegenden Jahren kein Staat entstanden, an den man Verantwortung übertragen könnte. Keiner zumindest, der sich um die Rechte der Menschen kümmern würde. Die Macht der Warlords wurde nicht gebrochen, sie ist sogar noch größer geworden. Nie gab es so große Privatarmeen. Es rächt sich, dass Stabilität über eine Kumpanei mit Menschenrechtsverbrechern und korrupten Politikern erkaufte wurde. Nicht den Aufbau eines funktionierenden Staatswesens hat die afghanische Elite im Sinn, sondern die Mehrung ihrer Latifundien in Dubai. Kofferweise wird Geld außer Landes geschafft. Und wer Geld investiert, der tut es in spekulative Immobiliengeschäfte, nicht aber in den Aufbau einer nachhaltigen Ökonomie.

Wenn die Afghanen eine funktionierende Staatlichkeit einklagen, dann haben sie mehr im Sinn als Polizei und Militär, deren Aufbau nun von außen vorangetrieben wird, angeblich um mit dem Abzug beginnen zu können. Armee und Polizei in Afghanistan sind kein Sicherheitsfaktor. Ein Großteil der Soldaten sind Analphabeten, immer wieder wechseln Armeeingehörige die Fronten, und - was fast noch schwerer wiegt - aufgrund des Kriegsverlaufs sind die Paschtunen heute in der Armee deutlich unterrepräsentiert.

Woher rührt also die Überzeugung deutscher Politiker, man könne dennoch so rasch Verantwortung übertragen? Zwei Erklärungen fallen mir ein, die man nur mit ärgerlichem Kopfschütten quittieren kann: entweder handelt es sich um das sprichwörtliche „Pfeifen im Wald“ oder um eine zynische Korrektur der MR-Rhetorik. Vieles spricht für letzteres, denn verdächtig oft wird seit neuem statt von „good governance“ von „good enough governance“ geredet.

Das wohl größte Problem und damit das am dringendsten anzugehende ist die prekäre wirtschaftliche Lage des Landes. Was Afghanistan braucht, ist ein Schutz, der eigenständige wirtschaftliche Entwicklung zulässt. Das krasse Gegenteil ist der Fall. Mit neoliberaler Gründlichkeit sind dort nach der Invasion noch die letzten Reste einer eigenständigen formellen Wirtschaft, kleine Handwerksbetriebe, die Nahrungsmittelproduktion, etc. zerstört worden. Würde das westliche Engagement heute enden, bliebe als einzig nachhaltige Ökonomie die Drogenwirtschaft übrig. Die aber trägt entscheidend zur Gewalt bei. Unter Aufsicht der NATO hat sich in den zurückliegenden Jahren eine Schattenwirtschaft herausgebildet, die aus sich heraus den Krieg immer wieder antreibt. Der Krieg bietet den illegalen Geschäften die Deckung; Geschäfte, die zugleich die Kriegsakteure mit neuesten Waffen versorgen. Ohne ein Aufbrechen eben dieses Teufelskreises wird sich der Krieg in Afghanistan immer weiter fortsetzen.

Was wäre zu tun, um den Teufelskreis aufzubrechen? Die Bauern vor Ort brauchen eine wirtschaftliche Alternative, was ohne Subventionierung beispielsweise des Weizenanbaus, ohne die Einführung von Zollschränken für all die Billigprodukte, die aus Pakistan und China ins Land kommen, also ohne ein Set von protektionistischen Maßnahmen, die dem herrschenden Wirtschaftsliberalismus fundamental entgegenstehen, nicht gelingen wird.

Der Strategiewechsel, der für Afghanistan nötig ist, ist also ein radikaler. Erforderlich ist eine komplett neue Afghanistan-Politik - und nicht nur ein paar Millionen mehr fürs Zivile. Was mit der bisherigen Strategie in zehn Jahren erreicht wurde, ist allerdings skandalös. Empörend aber ist auch, dass all diesen Entwicklungen zum Trotz der kürzlich veröffentlichte Afghanistan-Bericht der BR noch immer den Titel: Fortschrittsbericht trägt. Es ist höchste Zeit, solche Euphemismen zurückzuweisen. Und dies auch deshalb, weil all die Schönfärberei mit dafür verantwortlich ist, dass sich die Dinge in Afghanistan - aber auch anderswo auf der Welt - so entwickelt haben. Es spricht vieles dafür, dass auch die gegenwärtige Abzugsrhetorik Teil dieser Schönfärberei ist. Die NATO, so heißt es, will ihre Truppen bis 2014 abgezogen haben, die USA dagegen haben schon

angekündigt, länger zu bleiben. Zum Abschluss des NATO-Gipfels in Lissabon im November letzten Jahres sagte Obama, man bleibe solange, wie nötig, wobei eben schwer vorhersagbar sei, was künftig nötig sein wird.

Es ist gut möglich, dass Deutschland in Afghanistan sogar noch eine größere Rolle einnehmen könnte. Anfang des Jahres koordiniert Deutschland im UN-Sicherheitsrat die Afghanistan-Beratungen und hat zugleich den Vorsitz im sogenannten Al-Qaida/Taliban-Sanktionsausschuss übernommen. Ob Deutschland diese neuen Funktionen für friedenspolitische Initiativen nutzen wird, wie sie es angekündigt hat, oder dadurch nur noch näher an die US-Politik heranrückt, werden wir zu beobachten haben. Vieles spricht dafür, dass Deutschland der Sitz im Sicherheitsrat nicht zuletzt mit zusätzlichen Verpflichtungen gegenüber den USA ergattert hat. Vor diesem Hintergrund ist auch die Idee einer zweiten Petersberg-Konferenz zu bewerten, die Ende des Jahres in Bonn stattfinden wird.

Die weitere Entwicklung in Afghanistan wird uns, wird die deutsche Öffentlichkeit ohne Frage vor große Herausforderungen stellen. Wenn diese Konferenz einen Beitrag leistet, damit besser zurecht zu kommen, hätte sie ihren Zweck erfüllt. Das gemeinsame Verständigungspapier, das der Tagungsmappe beigelegt ist, bietet einen guten Ausgangspunkt für unsere Erwägungen: es weiter auszuarbeiten und mit Ideen für eine konkrete friedensstiftende Praxis zu erweitern, ist das Ziel. Ich wünsche uns allen viel Erfolg!

Tagungsbericht

„Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden & Entwicklung“- unter diesem Titel fand am 19. und 20. Februar in Hannover eine spannende Konferenz statt.

Von Ute Finckh*

Seit anderthalb Jahren hatten sich Aktive aus den drei friedenspolitischen Fachverbänden Bundesausschuss Friedensratschlag, Kooperation für den Frieden und Plattform Zivile Konfliktbearbeitung regelmäßig mit Vertreterinnen des Verbands Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zusammen gesetzt, um die jeweiligen Standpunkte und Einschätzungen zu Afghanistan auszutauschen bzw. zu verstehen und auszuloten, welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede es dabei gibt. Dieser Diskussionsprozess, von dem ein Zwischenstand im März 2010 zu Papier gebracht worden war, wurde durch die Konferenz für die Mitglieder der beteiligten Dachverbände geöffnet. Dabei wurde zunächst mit Unterstützung externer ExpertInnen die Situation in Afghanistan und die Politik der Bundesregierung bzw. der externen Akteure analysiert. Anschließend wurden in Arbeitsgruppen gemeinsame Positionen bzw. Empfehlungen erarbeitet und überlegt, welche Themen weiterer Analyse und Diskussion bedürfen und welche Ansatzpunkte es für eine weitere Zusammenarbeit gibt.

Gut 160 Personen waren zur Konferenz gekommen – mehr, als die Vorbereitungsgruppe erwartet hatte. Dabei war die Friedensbewegung wesentlich stärker vertreten als die entwicklungspolitische Seite. Es wurde konzentriert zugehört und konstruktiv diskutiert, auch dort, wo die unterschiedlichen Perspektiven von Friedensbewegung und Entwicklungszusammenarbeit deutlich wurden: Während für die Friedensbewegung der Grundsatz „von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen!“ und die grundsätzliche Ablehnung alles Militärischen die entscheidenden Ansatzpunkte sind, steht für die in Afghanistan tätigen Organisationen die Frage im Mittelpunkt, wie ihre Arbeit und die Arbeit ihrer afghanischen Partner unterstützt bzw. weiterhin ermöglicht werden kann. Schwerpunkt der Konferenz sollte der Austausch zwischen den beiden deutschen Bewegungen sein, daher waren keine afghanischen ReferentInnen eingeladen worden. Es waren aber eine ganze Reihe von in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen als TeilnehmerInnen gekommen. Sie brachten aus dem Publikum bzw. in den Arbeitsgruppen ihre Perspektive ein und erinnerten z.B. daran, dass in Afghanistan nicht erst seit 2001, sondern seit 33 Jahren Krieg herrscht, wiesen darauf hin, wie sehr dieser Krieg durch Einmischung von außen verursacht und verschärft wurde und halfen, ein differenziertes Bild dieses multiethnischen Landes zu zeichnen.

Durch die konstruktive Diskussions- und Arbeitsatmosphäre konnten eine Menge Standpunkte dargestellt und vermittelt werden. Jede Auswahl und jeder Bericht ist – wie uns die ZEIT-Redakteurin Andrea Böhm und der Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, Stephan Hebel, an konkreten Beispielen veranschaulichten - subjektiv. Hier also eine subjektive Auswahl: Für die Arbeit in Konflikt- und Krisengebieten ist die Berufung auf Menschenrechte sowohl als grundsätzliche Legitimation als auch als Maßstab des eigenen Handelns unverzichtbar. Dass Menschenrechtsargumente zum Teil missbraucht werden (bis hin zur Rechtfertigung militärischer Interventionen), spricht nicht gegen die Menschenrechte, sondern nur gegen die, die sie missbrauchen. Das gilt auch und gerade für Frauenrechte.

Das Völkerrecht hat zwei zentrale Säulen: Die staatliche Souveränität nach Artikel 2 (7) der UN-Charta und die Menschenrechtskonvention. Beide stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, es muss – auch dort, wo zivile staatliche Stellen, Hilfsorganisationen oder Friedensgruppen sich in

anderen Ländern engagieren – immer wieder geklärt werden, was zulässige Unterstützung im weitesten Sinne und was unzulässige Einmischung ist.

Wir müssen immer wieder von unserer eigenen Regierung bzw. von der vom Westen unterstützten afghanischen Regierung die Achtung der Menschenrechte einfordern. Menschenrechtsverletzungen durch ausländische Truppen bleiben in Afghanistan weitgehend straflos, was die Menschen dort zu Recht empört.

Wenn wir den Abzug der ausländischen Truppen fordern, müssen wir die Einwände der Hilfsorganisationen und vieler VertreterInnen der afghanischen Zivilgesellschaft (auch und gerade der Frauenorganisationen) Ernst nehmen, die bei einem unkontrollierten Abzug eine weitere Gewalteskalation befürchten, die diejenigen am meisten gefährdet, die uns am nächsten stehen: Die Menschen in Afghanistan, die sich aktiv für Frieden, Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

Wichtige Erkenntnisse, Vorschläge, Forderungen

Wer – wie die internationale Gemeinschaft auf den verschiedenen Afghanistankonferenzen – mehr als 20 verschiedene Ziele nebeneinander stellt, kann keines dieser Ziele verwirklichen. Welches ist unser Hauptziel für Afghanistan, welche Mittel müssten zu seiner Erreichung eingesetzt werden? Es hat sich als grundsätzlicher Irrtum erwiesen, dass „State-Building ein Ersatz sein könne für Peace-Building“ (Andreas Ernst in der NZZ vom 18.2.2011 in einem ausführlichen Artikel zur Situation im Kosovo).

Armut und Arbeitslosigkeit sind die größten Sorgen der afghanischen Bevölkerung. Die Reste der afghanischen Wirtschaft, die 2001 noch existierten, wurden durch die neoliberale Marktöffnung zerstört. Es ist ein geschützter Wirtschaftsraum nötig, der Garantiepreise für Landwirtschaftsprodukte ermöglicht – wie in der EU.

Der Teufelskreis von Kriegsökonomie und Drogenwirtschaft könnte durch eine Legalisierung der Drogen in den Haupt-Konsumentenländern durchbrochen werden. Dieser Diskussion, so schwierig sie ist, sollten wir uns stellen.

Der Einsatz von Gewalt muss gerechtfertigt werden, nicht der Verzicht darauf – das müssen wir einfordern!

In den Medien ist in den letzten Jahren das Thema „Krieg“ entpolitisiert worden. Mit der Emotionalisierung und Personalisierung des Soldaten soll seine Glaubwürdigkeit auf den Krieg übertragen werden. Dieses Kriegsbild müssen wir dekonstruieren.

Die Welt hat sich seit 1989 dramatisch verändert, die damaligen Erklärungsmodelle taugen oft nicht mehr.

Wir müssen die Stärkung von Basisinitiativen/Reformkräften in den Mittelpunkt der eigenen Arbeit stellen und politisch für die Aktivitäten der Bundesregierung bzw. der internationalen Gemeinschaft einfordern – auch wenn für die konkrete Arbeit vor Ort eine begrenzte Zusammenarbeit mit dem formalen Staat unumgänglich ist.

Derzeit wird ein Teil der externen Hilfe dazu missbraucht, das korrupte Regime von Präsident Karzai zu stabilisieren. Daher sollten wir mit undifferenzierten Forderungen nach „mehr ziviler Aufbauhilfe“ vorsichtig sein – auch damit können Gewaltstrukturen gestützt werden. Von den Mitteln, die derzeit in den Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte fließen, ganz zu schweigen. Wir müssen also genauer hinschauen, welche Partner zu welchem Zweck welche Mittel erhalten

und darauf bestehen, dass die Verwendung der Mittel kontrolliert wird – sowohl bei den Empfängern als auch bei den zwischengeschalteten Trägerorganisationen. Frauenrechte können nur als Teil der Menschenrechte insgesamt verwirklicht werden. Die Aufklärung der gesamten Bevölkerung in Afghanistan, welche Rechte ihnen nach der afghanischen Verfassung und den derzeit existierenden Gesetzen zustehen, ist dafür essentiell. Das setzt wiederum voraus, dass Alphabetisierungs- und Bildungsprojekte eine größere Priorität erhalten. Dieser Punkt wurde – wie der folgende – von afghanischen Teilnehmerinnen eingebracht. Die gesamte afghanische Bevölkerung ist durch 33 Jahre Krieg und Bürgerkrieg traumatisiert. Gewalt gegen Frauen ist teilweise eine Folge der Traumata der Männer. Daher ist Traumaarbeit nicht nur mit Frauen, sondern auch mit Männern sinnvoll und notwendig.

Verhandlungen über lokale Waffenstillstände sind der erste Schritt zum Frieden, müssen aber die lokale Bevölkerung als Akteure mit einbeziehen (Männer und Frauen) und an die lokalen Gegebenheiten berücksichtigen.

Die NATO ist Kriegspartei, kann daher nicht die Verantwortung für einen Friedensprozess übernehmen. Wer könnte die Federführung für einen Mediationsprozess im Sinne von Kapitel VI der UN-Charta übernehmen – vielleicht Norwegen?

Eine Gruppe unter Federführung von Roland Vogt (ehemaliger BSV-Vorsitzender) möchte an einem konkreten Friedensplan für Afghanistan arbeiten (Fokus: Welcher Beitrag kann von unserer Seite/ von der deutschen Regierung zum Frieden in Afghanistan geleistet werden?).

Für die voraussichtlich Ende November in Bonn stattfindende internationale Afghanistankonferenz („Petersberg II“) ist anscheinend geplant, sowohl VertreterInnen der afghanischen Zivilgesellschaft als auch von internationalen Hilfsorganisationen/NGOs zuzulassen. Wir sollten gemeinsam fordern, dass diese VertreterInnen nicht als Alibipersonen missbraucht werden und gleichzeitig (ähnlich wie mit der Münchner Friedenskonferenz als Gegenveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz) mit geeigneten eigenen Veranstaltungen unsere Analyse und unsere Vorschläge zu Gehör bringen. Eine ganze Reihe der Anwesenden möchte sich hier konkret beteiligen.

Es bestand Einigkeit darüber, dass der Diskussionsprozess zwischen den beteiligten Dachverbänden weitergeführt werden sollte. Die Vorbereitungsgruppe ist wild entschlossen, diese Erwartung zu erfüllen.

Es soll eine Tagungsdokumentation erstellt werden, die, wenn sie fertig ist, von den Webseiten der beteiligten Dachverbände heruntergeladen werden kann.

Ganz besonders wurde am Schluss Kristian Golla gedankt, der sich als perfekter Tontechniker erwies. Es ist doch immer wieder interessant, über welche Zweitqualifikationen langjährige Friedensaktive verfügen.

** Ute Finckh nahm als Referentin für die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung an der Konferenz teil. Der Tagungsbericht erschien auf der Webseite des Bund für Soziale Verteidigung am 22.02.2011.*

Quelle: <http://www.soziale-verteidigung.de/news/meldungen/stoppt-den-krieg-in-afghanistan-perspektiven-fuer-frieden-entwicklung/>

Pressespiegel

Quelle: Neues Deutschland, 18.02.2011

Zartes Pflänzchen Vertrauen: Die Annäherung von Friedens- und Entwicklungsgruppen stärkt den Ruf nach einer zivilen Afghanistanpolitik

Von Ines Wallrodt

Es ist eine Premiere: Friedensbewegung und entwicklungspolitische Organisationen diskutieren am Wochenende ihre Vorstellungen für eine friedliche Lösung in Afghanistan. Nach fast zehn Jahren Krieg ist das überfällig.

Dass etwas bislang nicht existierte, fällt manchmal erst auf, wenn es in die Welt tritt. So treffen sich Friedensbewegung und entwicklungspolitische Organisationen an diesem Wochenende zu einer, wie es in der Einladung heißt, »ungewöhnlichen« Konferenz. Neu daran ist nicht das Thema, es geht um Frieden und Entwicklung in Afghanistan. Ungewöhnlich sind die Veranstalter, die sich hierfür zusammengetan haben. Denn beide hatten bislang wenig miteinander zu tun. Erst letzten März, knapp neun Jahre nach Beginn des Afghanistankrieges, hielten Friedensbewegung und der Dachverband entwicklungspolitischer Organisationen VENRO zum ersten Mal gemeinsame Grundforderungen fest. Dazu gehören »Vorrang für zivil« und als ersten Schritt das Ende aller Kampfhandlungen. In den nächsten zwei Tagen soll der zarte Gesprächsfaden in Hannover verfestigt werden.

Das Nicht-Verhältnis mag verwundern: Die einen fordern zivile Hilfe für Afghanistan, die anderen leisten sie vor Ort seit Jahren, beste Voraussetzungen für eine Partnerschaft, sollte man meinen. Doch wichtige Fragen sind strittig. So gibt es Differenzen darüber, wie die verheerende Situation am Hindukusch entstanden ist und welche Rolle das Militär dabei spielt. Nichtregierungsorganisationen (NRO) bestehen zwar auf ihre Unabhängigkeit, lehnen aber nicht unbedingt ab, dass ausländische Truppen im Land sind. Sie gelten als Schutz für Brunnenbau und Frauenprojekte. Entsprechend kontrovers ist die Frage des Abzugs. Die Kernforderung der Friedensaktivisten löst bei manchen NRO schwere Befürchtungen aus.

Auf dem Programm stehen daher Grundsatzfragen: Inwiefern können militärische Interventionen Menschenrechte schützen? Lassen sich zivile Auslandseinsätze legitimieren? Manch Friedensbewegter betrachtet Entwicklungspolitik nur als andere Form der westlichen Intervention: Inwiefern deutsche Organisationen bestimmte Entwicklungswege vorschreiben, ist daher ein weiteres Thema in Hannover. Alle kritischen Punkte sollen auf den Tisch kommen, heißt es. Fingerspitzengefühl ist gefragt. VENRO hält sich vor dem Wochenende mit Einschätzungen lieber zurück, will nicht vereinnahmt werden. Im Unterschied zu Friedensgruppen, die so konfrontativ auftreten können, vertritt der Verband professionell arbeitende Organisationen mit hunderten Mitarbeitern im In- und Ausland, die in hohem Maße von staatlichen Geldern abhängig sind. Zu viel Kritik oder die falschen Partner könnten die Arbeit gefährden, ist die Sorge, die bei einem Chef namens Dirk Niebel nicht unbegründet ist. Der FDP-Minister ist dabei, die Entwicklungshilfe umzukrempeln, Gelder werden gekürzt. Nicht nur er macht Druck, den zivilen Sektor dem Militär unterzuordnen.

Zusammen mit der katastrophalen Lage in Afghanistan waren es diese Angriffe, die eine Politisierung der Entwicklungsszene befördert haben. VENRO hat sich in den vergangenen zwei Jahren vermehrt kritisch zur Afghanistan-Strategie von Bundeswehr und NATO geäußert und sich entschieden gegen jede zivil-militärische Zusammenarbeit verwahrt. Das war die Grundlage, auf

der im März 2010 erst ein gemeinsames Diskussionspapier und nun die Tagung auf den Weg gebracht werden konnten. Ganz bei null fängt man also nicht an. Auf der Seite der Friedensbewegten gibt es die Hoffnung, im Herbst zusammen mit ein paar Forderungen in die Öffentlichkeit treten zu können. Dann findet zehn Jahre nach Kriegsbeginn in Bonn erneut ein offizieller Afghanistangipfel statt. So weit ist es noch nicht. Dass es die Diskussionen am Wochenende überhaupt gibt, ist schon ein Fortschritt.

Quelle: Junge Welt, 21.02.2011

Vernetzt für Frieden und Zivilgesellschaft: Antikriegsaktivisten und entwicklungspolitische NGOs diskutierten Lage in Afghanistan

Von Reiner Braun*

Erstmals haben der Dachverband der Entwicklungspolitischen deutschen Nichtregierungsorganisationen (VENRO), die beiden großen Netzwerke der Friedensbewegung (Kooperation für den Frieden und Bundesausschuß Friedensratschlag) sowie die Plattform für Zivile Konfliktbearbeitung eine gemeinsame Konferenz zur Lage in Afghanistan durchgeführt. Mit mehr als 160 Teilnehmern war die Arbeitstagung am Wochenende in Hannover ausgesprochen gut besucht.

Im Mittelpunkt stand die Analyse der aktuellen Situation in der Region. Dabei wurde deutlich, dass die Aussage der ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche, Margot Käßmann: »Nichts ist gut in Afghanistan« nichts an Realitätsbezug verloren hat. Krieg ist Zerstörung und Unterdrückung sowie Gewalt gerade auch gegen Frauen. Von Demokratie und Menschenrechten ist das Land weit entfernt. Der Krieg stabilisiert verkommene und korrupte Machtstrukturen. Das unermüdliche Wirken entwicklungspolitischer Gruppierungen schafft Linderung und Hilfe in Einzelfällen, löst aber keine strukturellen Probleme.

Für die Friedensbewegung bleibt die Forderung nach Abzug der Besatzungstruppen zentral. Dies steht nicht im Gegensatz zu einer Fortsetzung ziviler Hilfe entsprechend den Wünschen einer künftigen demokratisch legitimierten afghanischen Regierung.

Friedensbewegung und entwicklungspolitische Gruppierungen lehnen gleichermaßen die »Unterordnung des Zivilen unter das Militärische« ab. Kritik gab es an der »Einseitigkeit« der Abzugsforderung der Antikriegsaktivisten wie auch an der tatsächlichen oder vermeintlichen Einbindung von NGOs in ein »kriegerisches System«. Mehr gegenseitiges Verständnis für das Wirken der anderen ist sicher auch für die Zukunft notwendig.

Die Veranstaltung war aber deutlich mehr als ein Problemaufriss – die Perspektive gemeinsamen Wirkens für Gerechtigkeit, besonders auch für die Realisierung von Frauenrechten und einer ökonomisch eigenständigen Entwicklung prägten die Diskussion in den Arbeitsgruppen. Betont wurde die Notwendigkeit der Stärkung der Zivilgesellschaft, der Reform- und Oppositionskräfte in Afghanistan.

Die Zusammenarbeit soll auf der Basis eines gemeinsam erarbeiteten Diskussionspapiers fortgesetzt werden. Zentrale Forderungen sind ein sofortiger Waffenstillstand und die Stärkung der Zivilgesellschaft in Afghanistan. Im Schlußplenum wurde u.a. eine Kooperation von VENRO und Friedensbewegung im Umfeld des für November geplanten Treffens zum zehnjährigen Jubiläum der Petersberger Afghanistan-Konferenz in Bonn vereinbart.

** Der Autor war für die Kooperation für den Frieden an der Vorbereitung der Konferenz beteiligt.*

Quelle: Frankfurter Rundschau, 22.02.2011

Das Verschwinden des Krieges

Von Stephan Hebel *

Die Methode Guttenberg bedeutet, unabhängig vom Überleben ihres Protagonisten im Amt, das Ende der humanitären oder völkerrechtlichen Rechtfertigungen, der Begründungen und Rechtfertigungen überhaupt. Lesen Sie, wie das funktioniert....

Der Krieg der Regierenden um die Köpfe hat eine neue und nicht ungefährliche Dimension angenommen. Gefährlich übrigens nicht nur für diejenigen, die Kriege insgesamt und/oder speziell den Afghanistan-Krieg ablehnen. Sondern gefährlich für den politischen Diskurs insgesamt. Karl-Theodor zu Guttenberg hat in diesem Krieg um die Köpfe bisher eine führende Rolle gespielt. Aber die folgenden Befunde dürften auch gelten, wenn er nicht im Amt bleiben kann.

Wir erleben das Verschwinden Afghanistans aus der Afghanistan-Debatte. Und die endgültige Heimkehr des Krieges ins Normalitäts-Bewusstsein der Deutschen. Der Krieg als ein nicht sehr beliebter, aber vertrauter, ständiger Begleiter. Die Methode Guttenberg bedeutet, unabhängig vom Überleben ihres Protagonisten im Amt, das Ende der humanitären oder völkerrechtlichen Rechtfertigungen, der Begründungen und Rechtfertigungen überhaupt.

Das Bild vom Krieg, das uns vermittelt wird, löst sich radikal von seinem realen Gegenstand. Afghanistan dient nur noch als Chiffre für etwas Größeres, das uns immer und überall begleitet: Der Umbau der Bundeswehr von der Landesverteidigungs- zur Interventionsarmee vollendet sich durch die Alltäglichkeit und Allgegenwart des Krieges im öffentlichen Bewusstsein.

Prototyp der Berlusconisierung

Es geht hier deshalb nicht um die ausgesprochenen und unausgesprochenen Motive, aus denen heraus dieser Krieg geführt wird. Es geht um Motive in der anderen Bedeutung des Wortes: um die bildlichen und sprachlichen „Motive“, mit denen die politisch Handelnden und leider oft auch wir Medien den Krieg präsentieren – beziehungsweise kaschieren.

Das erste Motiv kennen wir alle: Karl-Theodor zu Guttenberg in New York, Karl-Theodor zu Guttenberg vorm Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt und so weiter und so fort: Persönliche Performance ersetzt in der Kommunikation das politische Profil. Dieser Mann ist, selbst wenn er jetzt stolpern sollte, der deutsche Prototyp einer entpolitisierten und trivialisierten Politikvermittlung, man könnte auch sagen: der Berlusconisierung.

Der Gestus des Anti-Politikers bedient den durchaus berechtigten Überdruß am Politikbetrieb und enthebt den Politiker der Notwendigkeit, seine Politik – ja die Tatsache, dass er überhaupt eine macht – zu begründen oder zu rechtfertigen.

Paradoxe Vollendung

Übrigens: So absurd es wäre, wenn dieser Mann statt an der Kriegspolitik, die er verantwortet, an der vergleichsweise lächerlichen Lappalie seiner Doktorarbeit scheitert – es wäre nur folgerichtig. Man kann mit Recht kritisieren, dass er bei seinem berühmten Presse-Statement zur Dissertation den Tod dreier Soldaten als Rechtfertigung missbrauchte. Aber insgesamt wird eher umgekehrt ein Schuh draus: Bringt ihn ein Aspekt der persönlichen Biografie zu Fall, hinter der er bisher seine

Politik so erfolgreich verbarg – es wäre die paradoxe Vollendung seiner eigenen Strategie.

Das zweite Motiv ist sozusagen ein Detail in diesem Guttenbergschen Gesamtkunstwerk: der Minister bei der Truppe. Die beabsichtigte Botschaft: Der Minister geht dahin, wo es weh tut. Der Minister lässt das Geschrei des Politikbetriebs hinter sich und fragt bei denen nach, die – so heißt das dann – „für uns da unten den Kopf hinhalten“.

Dieses Motiv lebt von einem intellektuellen – beziehungsweise eher anti-intellektuellen – Kurzschluss. Der Soldat, der wahrscheinlich in dem Glauben lebt, für die Menschen „da unten“ zu kämpfen und zu arbeiten, wird zum Kronzeugen: Seine gute Absicht überträgt sich direkt auf den Minister und seine Politik, auch wenn beides womöglich nichts miteinander zu tun hat. Und wer wollte widersprechen? Der Soldat ist schließlich „authentisch“! Die Frage, welche Wirklichkeit sich hinter ihm buchstäblich versteckt, verschwindet aus dem Bewusstsein.

Kanzlerin im Passiv

Motiv Nummer drei ist mit den ersten beiden wiederum eng verbunden: Immer wieder ist jetzt in der Presse und den Medien überhaupt von der „Truppe“ die Rede. „Die Truppe“: So spricht der Fußballtrainer über seine Mannschaft oder ein Sachbearbeiter über seine Abteilung oder ein Redakteur über seine Redaktion.

Wenn einer die Bundeswehr „die Truppe“ nennen sollte, dann der Verteidigungsminister oder ein Kommandeur. „Die Truppe“, das ist nah an „unsere Truppe“. Wir beginnen, teils unbewusst, uns mit dem Krieg und seinen Akteuren zu identifizieren. Und konservative Kommentatoren jubeln, dass die deutsche Gesellschaft ihre ach so verkrampte Distanz zum Militärischen zu verlieren beginnt.

Das vierte Motiv trennt, ähnlich wie die Guttenberg-Show, aber auf andere Weise, die Handelnden von ihrem Handeln. Als Angela Merkel im Dezember Afghanistan besuchte, wurde vor allem registriert, dass sie das Wort „Krieg“ benutzte. Noch spannender allerdings erschien mir ein anderer Aspekt, denn die genaue Formulierung lautete: „Kämpfe, wie man sie im Krieg hat“, und etwas später: Die Kämpfe, in die die Soldaten „verwickelt“ seien, gehörten „zum Schwersten, was wir haben“. Wir „haben“ Kämpfe wie im Krieg. Wir sind „verwickelt“.

Die deutsche Bundeskanzlerin setzt sozusagen sich selbst ins Passiv, als wäre sie Befehlsempfängerin wie die Soldaten. Sie verschweigt, dass Deutschland unter ihrer Führung diesen Krieg nicht „hat“, sondern „führt“. Sie negiert ihre politische Verantwortung.

Wir werden belogen

Warum nun erzähle ich Ihnen das alles? Wussten Sie nicht ohnehin schon, dass Sie belogen werden? Ich denke: Die Bilder, denen wir ausgesetzt sind, müssen Sie, die Kritischen und Engagierten, sehr genau kennen, wenn Sie sich nicht nur untereinander verständigen wollen. Verlassen Sie sich nicht darauf, dass die demoskopische Mehrheit der Kriegsgegner eine unumstößliche Tatsache darstellt. Diese Mehrheit wird zum größten Teil durch Ihre klugen und komplexen Debatten nicht erreicht, und nichts garantiert, dass die mehr oder weniger spontane Gegnerschaft unter dem Ansturm der Bilder, die ich zu erläutern versucht habe, nicht in Zustimmung umschlägt. Wenn Sie aufklären wollen, dann stehen Sie (und wir Medien) vor der schweren Aufgabe, die anderen Wahrheiten hinter den „Wahrheiten“ der Politiker auf den Begriff zu bringen – auch für Leute, die sich ihrer Sache weniger sicher sind als Sie.

Es hilft dabei nichts, auf die Banal-Moral der Regierenden („Wir dürfen die Afghanen nicht allein lassen“) mit ebenso banalen Pauschal-Verurteilungen zu reagieren, wie Gregor Gysi das kürzlich

getan hat: „Terrorismus kann man nicht mit der höchsten Form des Terrorismus, mit Krieg, bekämpfen.“ Solche Sätze dienen vielleicht der Bestätigung der eigenen Gefolgschaft, zu mehr dienen sie nicht. Die Freilegung von „Wahrheiten“, die uns die offiziellen Bilder nicht zeigen, ist unendlich viel schwieriger als der Austausch von Parolen.

** Dieser Text ist die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags, den FR-Redakteur Stephan Hebel in Hannover beim Kongress „Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden und Entwicklung“ hielt. Auf dem Kongress versuchten entwicklungspolitische Organisationen und die wichtigsten Gruppen der Friedensbewegung zum ersten Mal, sich auf gemeinsame Positionen zum Afghanistan-Krieg zu verständigen. Veranstalter waren der „Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.“ (VENRO), die 50 in der „Kooperation für den Frieden“ zusammengeschlossenen Gruppen und Initiativen, der „Bundesausschuss Friedensratschlag“ sowie die „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“. Der Beitrag wurde veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau vom 22. Februar 2011.*

Quelle: Neues Deutschland, 23. Februar 2011

Zivile Pläne für Afghanistan: Friedens- und Entwicklungsorganisationen wollen künftig stärker zusammenarbeiten

Von Marek Voigt

Die Kräfte, die für eine zivile Politik in Afghanistan eintreten, nähern sich an: Friedens- und Entwicklungsorganisationen haben zum Teil unterschiedliche Einschätzungen, betonten nach einer gemeinsamen Konferenz am Wochenende aber die Gemeinsamkeiten.

Gruppen aus der Friedensbewegung und entwicklungspolitische Organisationen haben am Wochenende in Hannover zum ersten Mal gemeinsam über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Positionierung zum Krieg in Afghanistan diskutiert. Auf die selbst gestellte Frage, ob man sich vielleicht zu früh oder im Gegensatz gar neun Jahre zu spät getroffen habe, sagte ein Sprecher, es sei »gerade noch zur rechten Zeit« gewesen.

Dass Bedarf für gemeinsames Handeln besteht, zeigte sich in vielen Redebeiträgen, die ein katastrophales Bild von der Lage in Afghanistan zeichneten. Afghanistan sei das zweitärmste Land der Welt, die Menschenrechte, insbesondere die Rechte der Frauen, würden nicht gewährt, die staatlichen Strukturen seien die korruptesten der Welt und die Polizei eher ein Sicherheitsproblem als Teil irgendeiner Lösung. Thomas Gebauer von der Entwicklungshilfeorganisation medico international betonte, eine klare Position der deutschen Zivilgesellschaft sei auch deshalb gefordert, weil die Bundesrepublik derzeit die Afghanistan-Beratungen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen koordiniert.

Es mag verwundern, dass der Austausch erst jetzt passiert. Aber die Herangehensweisen an den Afghanistankrieg sind verschieden. Das zeigte sich auch auf der Tagung. So warfen Teilnehmer aus der Friedensbewegung den entwicklungspolitischen Organisationen vor, ihre humanitäre Arbeit sei – wenn auch ungewollt – Bestandteil zivilmilitärischer Strategien der Bundesregierung. Umgekehrt musste sich die Friedensbewegung sagen lassen, sie sei nicht genug an den Bedürfnissen der Menschen in Afghanistan interessiert.

Die Ziele für das Treffen waren deshalb im Vorfeld zurückhaltend gesetzt worden. Es ging darum, überhaupt erst einmal miteinander ins Gespräch zu kommen. Ob man sich auf Positionen oder Aktionen verständigen können würde, darüber bestand Skepsis. Bodo von Borries, in der Geschäftsstelle des entwicklungspolitischen Dachverbandes VENRO zuständig für Afghanistan,

zeigte sich in seinem Resümee erfreut darüber, dass die Konferenz gemessen an seinen Erwartungen sehr viel erreicht habe. Manche Differenzen blieben zwar bestehen. So fürchten einige entwicklungspolitische Organisationen, dass ein sofortiger Abzug der westlichen Truppen die in den Projekten erreichten Fortschritte bei den Menschenrechten gefährden könnte. Geteilt wurde dagegen die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand in Afghanistan und nach Förderung der afghanischen Zivilgesellschaft, weil die Afghanen selbst über ihre Zukunft bestimmen sollen. Einigkeit bestand darüber hinaus darin, dass ein Abzug nicht das Ende des Interesses für die Probleme Afghanistans bedeuten dürfe.

Die Konferenz brachte auch eine konkrete Verabredung. So ist ein gemeinsames Alternativprogramm zur internationalen Afghanistankonferenz im Herbst dieses Jahres in Bonn geplant.

FrieKoop · Alben

Diashow



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden und Entwicklung"

[Thumbnails](#) [Detail](#) [Kommentare](#)

Venro_FB



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_02



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_03



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_04



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_05



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_06



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_07



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_08



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_09



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

0 Kommentare

Venro_FB_12

Venro_FB_13

Venro_FB_14



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_15



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_16



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_17



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_18



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_19



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_20



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

FrieKoop · Alben

Diashow



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden und Entwicklung"

Thumbnails **Detail** Kommentare

Venro_FB_21



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_22



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_23



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_24



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_25



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_26



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_27



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_28



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_29



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_30

Venro_FB_31

Venro_FB_32



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_33



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_34



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_35



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_36



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_37



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_38



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

FrieKoop · Alben

Diashow



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden und Entwicklung"

Thumbnails **Detail** Kommentare

Venro_FB_39



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_40



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_41



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_42



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_43



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_44



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_45



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_46



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_47



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden..."

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011
0 Kommentare

Venro_FB_48

Venro_FB_49

Venro_FB_50



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_51



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

Venro_FB_52



Fachtagung "Stoppt den Krieg in Afghanistan – Perspektiven für Frieden...
[...](#)

Bestimmte Rechte vorbehalten

Hochgeladen: 1. Mär 2011

[0 Kommentare](#)

[← zurück](#) | [1](#) | [2](#) | [3](#) | [weiter →](#)

(50 im Album)

Sie [Anmelden](#) | [Kostenlosen Account einrichten](#)

Entdecken [Places](#) | [Letzte 7 Tage](#) | [Dieser Monat](#) | [Beliebte Tags](#) | [Die Commons](#) | [Creative Commons](#) | [Suchen](#)

Hilfe [Community-Richtlinien](#) | [Hilfeforum](#) | [FAQ](#) | [Sitemap](#) | [Hilfe](#)

[Flickr Blog](#) | [Über Flickr](#) | [Nutzungsbedingungen](#) | [Datenschutz](#) | [Über unsere Anzeigen](#) | [Copyright-Richtlinien](#) | [Yahoo! Safety](#) | [Missbrauch melden](#)

| [Deutsch](#) | [English](#) | [Español](#) | [Français](#) | | [Italiano](#) | [Português](#) | [Tiếng Việt](#) | [Bahasa Indonesia](#)

Copyright © 2011 Yahoo! Deutschland GmbH. Alle Rechte vorbehalten.